

Verärgerte Bürger

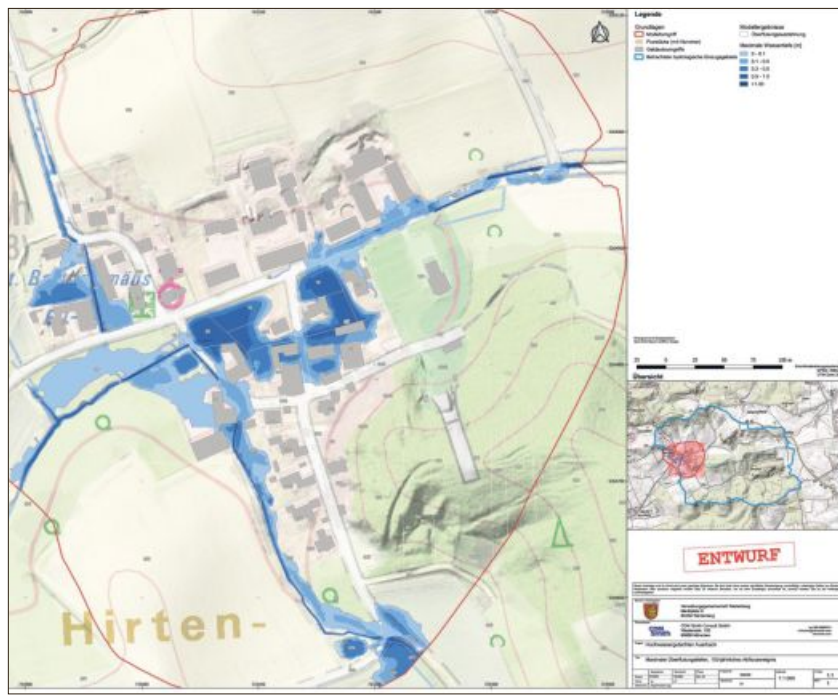
Glasfaserausbau und Wasserwirtschaftsamt erregen Gemüter in Ortsteilversammlung

Auerbach/Wartenberg. (bs) Nach der Bürgerversammlung in Wartenberg (wir berichteten) gab es am Dienstag eine Ortsteilversammlung in Auerbach. Bürgermeister Christian Pröbst trug eingangs Daten und Fakten wie bei der Wartenberger Bürgerversammlung vor. Die zahlreichen Bürger im Gasthaus Klug verfolgten diese gespannt und konnten kaum von Zwischenfragen abgehalten werden. Denn es gab buchstäblich drei heiße Eisen, welche die Bürger in diesem Ortsteil besonders beschäftigen.

Die Bürger erzürnte, dass die „Grüne Glasfaser“ große Versprechen zum Glasfaserausbau gemacht hatte, Verträge abschloss, um dann am Ende einen Rückzieher zu machen und die Auerbacher im Regen stehen ließ. Der Vorwurf kam auf, dass die Gemeinde sich hier nicht entsprechend für die Auerbacher eingesetzt habe. Doch dies wies Pröbst vehement zurück. Die Gemeinde sei hier außen vor. Was ausgebaut werde, dazu werde sie nicht gefragt.

Der Glasfaserausbau soll nun in Auerbach über einen Förderantrag und mit Kostenbeteiligung der Gemeinde erreicht werden, weil die Telekom hier den Glasfaserausbau sonst nicht vorantreiben würde. Allerdings war zu hören, dass der Fördertopf überzeichnet sei. An welcher Stelle Wartenberg stehe, wisse er nicht. Doch es solle auch im kommenden Jahr ein weiterer Betrag für die Förderung kommen.

Dann kam es in der Versammlung



Entwurf zum Hochwasser-Gutachten des Ingenieurbüros der CDM Smith für den Ortsteil Auerbach.

Repro: Bernd Spanier

zum größten Ärgernis: Die Ablehnung, weiteres Baurecht zu schaffen, was nur mit einer Bebauungsplanänderung möglich sei und wofür ein Wassergutachten gefordert wurde. Für eine Bebauung verlangt das Wasserwirtschaftsamt eine Untersuchung, ob eine Gefährdung durch Hochwasser in Auerbach möglich sein könnte, weil der Ort in einem Kessel liegt. Der Entwurf eines Hochwassergutachtens des Ingenieurbüros der CDM Smith zeigt, dass bei einem hundertjährigen Hochwasser die maximale Überflutung

bis zu einem Meter Höhe in der Ortsmitte betragen könnte. Das Wasserwirtschaftsamt stimmte deshalb drei eingereichten Bauwünschen nicht zu. Es wurde versucht, eine Ausnahmegenehmigung zu bekommen, was sehr schwierig sei und eine Stellungnahme dazu liege noch nicht vor.

Keine Ausnahmen beim Hochwasserschutz

Eine Bebauung könnte nur erfolgen, wenn hier Hochwasserschutz-

maßnahmen ergriffen würden. Kleinteilige Ausnahmen werde es nicht mehr geben. Einen Hochwasserschutz wie derzeit in Pesenlern (rund 700000 Euro) kann sich Pröbst für Auerbach nicht vorstellen. Der Unmut der Bürger dazu war gewaltig und verständlich, hatte es doch bisher in den letzten 50 Jahren noch nie eine Überschwemmung im Ort gegeben. Manche fühlten sich schikaniert. Ein Bürger verstand nicht, dass es bei bestehenden Häusern keine Bedenken gebe. Pröbst erklärte: „Hier gilt natürlich der Bestandsschutz.“ Er versicherte, dass auch der gesamte Marktrat hier Baugenehmigungen erteilen würde, aber diesem seien die Hände gebunden, es entscheidet das Landratsamt. Ein weiterer Bürger stellte die Frage, ob beim Entwurf auch die beiden Auffangbecken berücksichtigt wurden, die bei der Flurbereinigung

angelegt wurden. Dies werde man prüfen, sagte Pröbst. Die Bürger haben bei der Auslegung dann alle die Möglichkeit, noch das Gutachten anzuzweifeln.

Speziell für Auerbach hatte der Bürgermeister noch mitgeteilt, dass er zusammen mit Bürgern ein neues Maibaumgestell geschweißt und gebaut habe. Es würden nur Materialkosten anfallen.

Erneut ein Fall von Vandalismus

Ganz frisch war auch die Meldung, dass die erste Trauung am Nikolaiberg bevorsteht, wenn das Wetter passt. Zum Schluss kam der Bürgermeister noch auf den Vandalismus zu sprechen. Nun wurde nach der Schule auch noch das Kriegerkreuz verschmiert, unter anderem mit Hakenkreuzen.

Windrad erledigt

Die Sache mit dem Windrad in Auerbach ist nach dem Bürgerentscheid für die Gemeinde gelauften, erklärte Wartenbergs Bürgermeister Christian Pröbst in der Auerbacher Ortsteilversammlung. In einer der nächsten Sitzungen werde die Planung zum Flächennutzungsplan diesbezüglich eingestellt, sagte Pröbst. Es kam der Vorschlag, die genannte Fläche für ein Windrad endgültig aus der Meldung herauszunehmen. Doch das liegt nicht im Ermessen der Gemeinde,

denn per Gesetz waren Flächen zu benennen, die geeignet sind. So kam ein weiterer Vorschlag, das Gebiet von Auerbach zum reinen Wohngebiet zu erklären, dann würden sich die Abstände vergrößern und der Standort sei nicht mehr möglich. Doch auch hier musste der Bürgermeister den Antragsteller enttäuschen. Auerbach könne man nicht einfach zum Wohngebiet erklären, denn hier gebe es auch Gewerbe und deshalb sei dies nicht mehr möglich. (bs)